

## Zeitplan

Die Umsetzung des Projekts soll in der Zeit vom 1. September 2011 bis 31. August 2012 in vier Phasenerfolgen.

### 1. Phase

In der ersten Phase wird eine Bestandsaufnahme mit möglichst detaillierten Informationen durch Abfrage in den Integrationsräten/-ausschüssen der Kommunen erfolgen.

### 2. Phase

In Phase zwei werden – basierend auf den Abfrageergebnissen – Integrationsräte/-ausschüsse lokalisiert, die eine engagiertere Ausrichtung auf eine Öffnung der Verwaltung forcieren könnten. Gleichzeitig werden in dieser Phase Partner im Sinne von „Best-Practice“-Beispielen gewonnen. In vier Regionen werden Veranstaltungen zum Thema durchgeführt.

### 3. Phase

In Phase drei werden die Integrationsräte auf Wunsch bei der politischen Umsetzung ihrer Initiativen zur Interkulturellen Öffnung der Verwaltung durch allgemeine Beratung, Anfragetexte und/oder einen Musterantrag unterstützt.

### 4. Phase

In der Abschlussphase wird die Berichterstellung und eine Dokumentation des Projekts erfolgen. Mit einer zentralen Abschlussveranstaltung wird das Projekt abgeschlossen.



## Weitere Informationen

Projektleiter: Engin Sakal

## Landesintegrationsrat

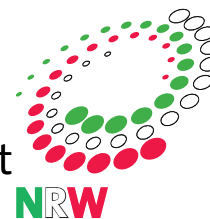
Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW)  
Helmholtzstraße 28 · 40215 Düsseldorf

Telefon: 0211-9 94 16 - 14

Telefax: 0211-9 94 16 - 15

E-Mail: [sakal@landesintegrationsrat-nrw.de](mailto:sakal@landesintegrationsrat-nrw.de)

Internet: [www.landesintegrationsrat-nrw.de](http://www.landesintegrationsrat-nrw.de)



Landesintegrationsrat

NRW

gefördert von

Ministerium für Arbeit,  
Integration und Soziales  
des Landes Nordrhein-Westfalen



# Interkulturelle Öffnung der Verwaltung



Beiträge der kommunalen  
Migrantenvertretungen

## Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Die Frage der „Interkulturellen Öffnung“ der Verwaltung ist heute ein wichtiges Thema der Integrationsdebatte in Deutschland.

Während rund ein Viertel der Bevölkerung Migrationshintergrund hat, ist ihr Anteil in der öffentlichen Verwaltung marginal.

Bereits seit 2004 bringt der Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW) dieses Thema in die kommunale Diskussion.

Seit dieser Zeit werden in einigen Kommunen Maßnahmen zur Gewinnung von Personal mit Migrationshintergrund durchgeführt, mit dem Erfolg, dass der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe bei den Verwaltungsmitarbeitern/-mitarbeiterinnen stetig wächst. Der bisherige, überwiegend defizitorientierte Blick auf die Migrantinnen und Migranten ändert sich in eine Sichtweise, die gerade die Stärken dieser Gruppe im Blick hat. Damit wird aktiv ein besonderer Beitrag zur Partizipation und Integration geleistet.

Mit dem Projekt „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung – Beiträge der kommunalen Migrantenvertretungen“ möchte der Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen die Sensibilisierung der Kommunen vorantreiben und dazu beitragen, dass der Migrantenanteil in der Verwaltung angemessen erhöht wird.

Auch auf Landesebene wird dem Thema Rechnung getragen: So hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalen im Mai dieses Jahres die Initiative „Mehr Migrantinnen und Migranten in den öffentlichen Dienst – Interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung“ gestartet. Mit seinem Projekt unterstützt der Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen die Initiative der Landesregierung.

## Zielbeschreibung

Ziel des Projektes ist die Unterstützung der Kommunen bei der Erhöhung des Anteils des Personals mit Migrationshintergrund. Dazu ist zunächst mit Hilfe der Integrationsräte/-ausschüsse eine Bestandsaufnahme im Hinblick auf die Interkulturelle Öffnung der Verwaltung durchzuführen. In einem weiteren Schritt sollen die Integrationsräte/-ausschüsse für die Einführung und Umsetzung der Interkulturellen Öffnung der Verwaltung sensibilisiert werden – durchaus in Form der Beratung bei Antragstellungen für politische Entscheidungsprozesse vor Ort.

Das Projekt soll im Besonderen die Wichtigkeit der interkulturellen Öffnung als ein strategisches Instrument für die Fortentwicklung und Zukunftsorientierung der kommunalen Personalpolitik herausstellen. Dabei soll auf die Notwendigkeit der Chancengleichheit aller Einwohnerinnen und Einwohner der Kommune auf den Zugang im Personalbereich hingewiesen werden. Ferner soll auf die Aufgabe der Verwaltung, bedarfs- und zielgruppenorientierte Dienstleistungen zu erbringen, aufmerksam gemacht werden.



## Konkret

- ◀▶ Zunächst wird eine Bestandsaufnahme durchgeführt. Die Integrationsräte und -ausschüsse informieren über den Stand der interkulturellen Öffnung der Verwaltung in ihrer Kommune.
- ◀▶ Gibt es einen Ratsbeschluss zur interkulturellen Öffnung?
- ◀▶ Gibt es konkrete Maßnahmen zur Personalgewinnung?
- ◀▶ Ist (wenn ja, wie) der Integrationsrat/-ausschuss einbezogen?
- ◀▶ Es wird (wo nötig) eine (erneute) Befassung der Integrationsräte/-ausschüsse mit dieser Thematik initiiert.
- ◀▶ Kommunen, in denen die interkulturelle Öffnung der Verwaltung schon fortgeschritten ist, werden als Partner im Sinne von „Best-Practice“-Beispielen gewonnen.
- ◀▶ Es werden alle Mitglieder bzw. deren Vorsitzende persönlich angesprochen. Die Gremien werden, soweit gewünscht, bei der Antragstellung unterstützt und beraten.
- ◀▶ Im Rahmen des Projektes werden die Integrationsräte und -ausschüsse zum Erfahrungsaustausch zusammengebracht.

